



Thorsten Schulte

Kontrollverlust

Wer uns bedroht und wie wir uns schützen



KOPP

Kunden verlieren. »Too big to fail«, also »zu groß, um zu scheitern« – mit dieser Begründung wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche Banken gerettet, und zwar in der Regel auf Kosten der Steuerzahler. Die Regierungen und Notenbanken hatten schlichtweg Angst, es würde zu einer Kettenreaktion kommen. Wenn jedoch das Bargeld erst einmal abgeschafft ist, besteht kein Anlass mehr zu solcher Sorge. Denn weshalb sollten ängstliche Kunden ihre Bank stürmen, wenn sie dort ohnehin mangels Bargeld keine Geldscheine bekommen? Die Bilder von langen Schlangen vor den Geldinstituten würden nicht länger in den Köpfen von Bankern und Politikern herumspuken.

Vermutlich erinnern Sie sich noch an die Finanzkrise auf Zypern im Frühjahr 2013. Damals wurden die Kunden zur Rettung der maroden Banken herangezogen. Ab einem Guthaben von 100 000 Euro mussten Sparer und Anleger mit 10 Prozent ihrer Einlagen für die Misswirtschaft ihrer Banker geradestehen. Auch solche Zwangsabgaben ließen sich viel einfacher eintreiben, wenn die Kunden infolge eines Bargeldverbots keine Möglichkeit mehr hätten, rechtzeitig Teile ihrer Ersparnisse in Sicherheit zu bringen. Ein Knopfdruck würde dann genügen, um einen Teil der Ersparnisse der Kunden in Eigenkapital der Bank zu verwandeln. Praktisch, nicht wahr?

3 | 3 In den Fängen der Marketingstrategen

Bestimmt sind Sie schon an Ihrer Supermarktkasse gefragt worden, ob Sie im Besitz einer Payback-Karte seien. Offiziell handelt es sich dabei um eine sogenannte Loyalty Card. Sprich: Stammkunden sollen belohnt werden, indem sie irgendwann eine – meist recht billige – Prämie erhalten. Hinter diesen Karten steht aber nicht Ihr Supermarkt, der damit Ihre Treue belohnen möchte, sondern im Fall der Payback-Karte der US-Kreditkartenkonzern American Express. Mit dem Einsatz dieser Karte geben die meisten Kunden – meist ohne es zu wissen – ihr gesamtes Konsumverhalten preis. Sie werden also zu gläsernen Kunden. Die Emittenten der Loyalty Cards verfügen somit über wertvolle Daten, die sie für viel Geld an andere Unternehmen weiterverkaufen können. Und von denen werden die Kunden dann haufenweise mit Werbebriefen, E-Mails und oft sogar mit nervigen Telefonanrufen belästigt. Wer also eine solche Loyalty-Karte einsetzt, macht für eine billige Prämie sein gesamtes Einkaufsverhalten transparent – meist noch, ohne es zu wissen. Sie rauchen, trinken regelmäßig Alkohol? Bald könnten alle davon erfahren, die es wissen möchten. Nun mag ein solches Konsumverhalten in der Tat nicht eben gesundheitsfördernd sein. Doch das geht nur Sie und allenfalls Ihren Arzt etwas an, aber nicht Ihren Arbeitgeber und Ihre Krankenversicherung. Ende September 2016 startete Payback übrigens eine Werbekampagne. Der Song »Da Da Da« von Stephan Remmler wurde umgedichtet in: »Bar, bar, bar, ich brauch es nicht, du brauchst es nicht. App, app, app, ich sammle app, ich geh vorweg« – subtile Werbebotschaften für eine Welt ohne

Bargeld.

Die Banken und Sparkassen haben es da noch viel einfacher, vorausgesetzt, sie führen die Girokonten der betreffenden Kunden. Mit diesen Konten gibt es für die Institute zwar wenig zu verdienen, aber sie liefern jede Menge Informationen. Einmal angenommen, eine Genossenschaftsbank hat 300 000 Kunden und plant ein Werbe-Mailing zum Immobilienkauf und zur Baufinanzierung. Würden nun alle 300 000 Kunden mit einem solchen Mailing versorgt, wäre der Streuverlust hoch, denn die Bank erreichte auch Kunden, die bereits eigene Immobilien besitzen oder die sich keine leisten können. Also wird man aus den aufgrund der Umsätze auf den Girokonten gewonnenen Erkenntnissen heraus nur jene Kunden anschreiben, die a. noch Miete zahlen und b. über ein gutes und regelmäßiges Einkommen verfügen.

Nun stellen Sie sich vor, es geht nicht um eine kleine Raiffeisenbank, sondern um Weltkonzerne wie Amazon. Diese erfassen die Konsumgewohnheiten der Kunden durch Computeralgorithmen. Je mehr Daten diese Großunternehmen haben, desto besser. Im Marketingjargon nennt man die Auswertung und Nutzung dieser Daten »Data Mining«. Datensammler sind Goldgräber. Und nun stellen Sie sich bitte vor, liebe Leserin, lieber Leser, Sie müssten fortan alle Einkäufe, sogar die Brötchen und die Zeitung, mit Karte oder Ihrem Smartphone bezahlen, weil es kein Bargeld mehr gibt. Egal, was, wo und wie Sie einkaufen – überall hinterlassen Sie Spuren, mit deren Hilfe ganze Konsum- und Bewegungsprofile erstellt werden können.

Unser Bargeld ist ein Garant für anonymes Einkaufen. Wenn Sie an der Kasse bar bezahlen, ist der Einkauf abgeschlossen. Kein Mensch weiß, wer Sie sind – es sei denn, Sie haben sich eine dieser unsäglichen Loyalty-Karten aufschwätzen lassen.

3 | 4 Totalüberwachung durch den Staat

Die Abschaffung des Bargeldes oder zumindest die Einführung von Bargeldrestriktionen sei notwendig, um Steuerhinterziehung gezielter zu bekämpfen, heißt es. Dann folgt meist der stereotype Hinweis, Steuerhinterziehung sei kein Kavaliersdelikt. Und alle Staatsbürger nicken freundlich zustimmend. Doch wer hat denn eigentlich jemals behauptet, dass Steuerhinterziehung ein Kavaliersdelikt sei? Kein Mensch! Nur der Gesetzgeber selbst erweckt diesen Anschein, indem er die strafbefreiende Selbstanzeige einführte.

Es wird also ein regelrechter Popanz aufgebaut. Und im Übrigen entstehen den Finanzbehörden nicht dort die höchsten Schäden, wo vielleicht einmal ein Trinkgeld für die nette Kellnerin nicht vom Fiskus erfasst wird, sondern in ganz anderen Bereichen.

Wahrscheinlich haben Sie schon einmal von den sogenannten Umsatzsteuerkarussellgeschäften gehört. Dadurch entsteht den Steuerbehörden nach Expertenschätzungen ein jährlicher Schaden von rund 10 Milliarden Euro. Ich will Ihnen ganz kurz erklären, wie diese Geschäfte ablaufen, denn am Ende steht eine höchst bemerkenswerte Erkenntnis. Die Firma A. in Deutschland liefert Ware an Firma B. in den Niederlanden. Es handelt sich um eine grenzüberschreitende Lieferung, daher stellt A. keine Umsatzsteuer in Rechnung. B. wiederum verkauft innerhalb der Niederlande die Ware an Firma C. und berechnet Umsatzsteuer, führt diese aber nicht an das Finanzamt ab, was eigentlich ihre Pflicht wäre. Die Firma C. aber macht die gezahlte Steuer als Vorsteuer geltend und bekommt diese vom Finanzamt erstattet, oder sie verrechnet sie mit ihrer Umsatzsteuerschuld. Dann liefert C. an D. und stellt Umsatzsteuer in Rechnung. D. wiederum schickt die Ware zurück an A. nach Deutschland. Es handelt sich somit wieder um eine grenzüberschreitende Lieferung ohne Umsatzsteuer. Danach beginnt sich das Karussell erneut zu drehen. Das heißt: B. führt die vereinnahmte Umsatzsteuer nicht ab, und C. lässt sich die Vorsteuer erstatten. Diese Geschäfte werden in aller Regel jedoch nicht in bar abgewickelt. Das heißt, die wirklich schweren Fälle von Steuerhinterziehung funktionieren ohnehin bargeldlos.

Wenn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, einen Handwerker bestellen, sind Sie gut beraten, dessen Rechnung unbar zu begleichen, also zu überweisen. Zahlen Sie in bar, können Sie den Aufwand beim Finanzamt steuerlich nicht geltend machen. Das gilt auch dann, wenn der Barzahlungsvorgang aus der Rechnung klar hervorgeht; wenn also der Handwerker zum Beispiel vermerkt: »Betrag in bar dankend erhalten« und dies mit Unterschrift und Stempel bestätigt.

In steuerlicher Hinsicht sind somit die Regeln schon lange so restriktiv, dass es keiner Bargeldrestriktionen bedarf, um der Steuerhinterziehung entgegenzuwirken. Wenn überhaupt, dann geht es wirklich nur um die »kleinen Fische«. Und dafür sollen die Bürger ihr Bargeld und somit einen wichtigen Teil ihrer Freiheit opfern?

Genauso unsinnig wie der Hinweis auf die angeblich effizientere Bekämpfung von Steuerhinterziehung ist die Behauptung, man könne dem internationalen Terrorismus entgegenwirken, indem man ihm das Bargeld entziehe. Ist denn wirklich irgendjemand so naiv zu glauben, es würde auch nur eine Kalaschnikow weniger verkauft, wenn wir die Geldscheine abschafften? Wie scheinheilig die Diskussion geführt wird, zeigt doch, dass einerseits Bargeldrestriktionen als Beitrag zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus verkauft werden und andererseits Deutschland während der Flüchtlingskrise die Kontrolle der Migranten leichtfertig aufgab. Auf effiziente und naheliegende Maßnahmen wird verzichtet, während das Bargeld als Schuldiger für alles und jeden erhalten muss.

3 | 5 Pro Bargeld – Pro Freiheit

Sie sehen, liebe Leserin, lieber Leser, in allen Fällen handelt es sich um Pseudoargumente, denen wir nicht auf den Leim gehen sollten. Dazu ist unser Bargeld als Teil unserer persönlichen Freiheit viel zu wichtig.

Wer trotz meiner Ausführungen sagt, dass ihm die Zukunft des Bargeldes gleichgültig ist, möge die folgenden Worte Edward Snowdens auf sich wirken lassen: »Wenn man sagt, die Privatsphäre ist mir egal, ich habe nichts zu verbergen – dann ist das, wie wenn man sagt, die Redefreiheit ist mir egal, ich habe nichts zu sagen.« Bei der Bargeldkundgebung am 22. Oktober 2016 auf der Hauptwache in Frankfurt las ich ein Grußwort des *Handelsblatt* – Redakteurs Dr. Norbert Häring vor. Er sagte: »Eine Gesellschaft, die das Bargeld abschafft, macht es Regenten mit totalitären Anwandlungen sehr leicht, die totale Kontrolle zu übernehmen und zu behalten. Wenn jede Geldbewegung dokumentiert und dauerhaft gespeichert wird, kann ein Machthaber, der die Schalt- und Überwachungszentralen des Finanzsystems kontrolliert, jede Form von Opposition dauerhaft ausschalten. Wollen ausgerechnet wir Deutschen uns in Zeiten von Erdoğan und Trump blind darauf verlassen, dass es Totalitarismus bei uns nicht geben kann? Ich denke, das wäre hochgradig naiv.«

In meinem auf YouTube veröffentlichten Video *Bargeld – Wie wir den schleichenden Tod verhindern* mit inzwischen deutlich über 200 000 Aufrufen sage ich, dass wir ohne einen gesetzlichen Annahmewang für Bargeld das allmähliche Aus sehen werden. Denn der Frankfurter Währungswissenschaftler Prof. Helmut Siekmann sieht einen Annahmewang für Bargeld in Deutschland nur für staatliche Institutionen und für private Monopolisten. Bei Unternehmen, die im Wettbewerb stehen, seien Einschränkungen zulässig, solange sie der Kunde kennt. Der Ausschluss von Bargeld als Zahlungsmittel, wie wir ihn in Stockholm vom Abba Museum und vielen anderen Unternehmen her kennen, droht also auch bei uns. In unserem Nachbarland Österreich berichtete *Die Presse* am 21. April 2017: »Grazer Bäckerei schafft das Bargeld ab.« In einer Filiale der Bäckerei Martin Auer kann man demzufolge ausschließlich mit Kredit- oder Bankomatkarte bezahlen. Sage also niemand, dass dies nur eine theoretische Gefahr ist.

Bargeld muss keineswegs kostenlos angenommen werden. Immer öfter werden von Behörden und Unternehmen Gebühren beim Bargeldgebrauch verlangt. Ein Elektrohändler in Baden-Württemberg verlangte kürzlich sogar 25 Euro, weil ein Kunde eine Rechnung über 400 Euro für die Reparatur des Fernsehers bar bezahlen wollte. Grund sei nach Aussage des Händlers die Nutzung einer »abweichenden Zahlungsart« durch den Kunden. Markus Feck, Fachanwalt für Bank- und Kapitalmarktrecht bei der Verbraucherzentrale NRW, sagt dazu: »Für den Kunden muss mindestens eine gängige Zahlungsart kostenlos sein.« Die Bargeldannahme ist damit jedoch nicht zwingend kostenlos. Die Stadt

Düsseldorf verlangt so beispielsweise inzwischen einen Euro. Hinzu kommen dann noch steigende Gebühren bei Barabhebungen bei Sparkassen und Banken.

Andererseits beschloss der Deutsche Bundestag am 1. Juni 2017 die Zweite Zahlungsdiensterichtlinie, die zusätzliche Kosten für den Kunden beim Bezahlen mit Giro- und Kreditkarte untersagt. Bargeldloses Bezahlen darf also nichts kosten, Bargeldzahlung schon. Eine verkehrte Welt. So wird der Deutsche Bundestag zum Schutzpatron unbarer Zahlungsmittel und zum Totengräber des Bargeldes. Die Schlinge zieht sich immer mehr zu. Wir müssen handeln.



Der Kampf für das Bargeld ist ein Kampf für den Schutz unserer Privatsphäre und für unsere Freiheit. Daher habe ich mit Freunden im Juni 2016 den Verein »Pro Bargeld – Pro Freiheit e.V.« gegründet (www.pro-bargeld.com). Wir freuen uns über jede Unterstützung, sei es mit Spenden oder mit Ihrer Tatkraft.

3 | 6 Persönliche Erfahrungen im Kampf für das Bargeld

Am 19. März 2016 sprach ich auf dem Heumarkt in Köln erstmals auf einer Kundgebung